

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Fernsprecher: Am Dönhofs 4196/4198



Abdruck für Berlin und Umgebung:
Berlin O 21, Zehn-Sillens-Platz 6
Druckerei: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Bewilligung gestattet. Abdruckung ist verboten, wenn nicht anders verordnet ist. Abdruckung ist

Berlin, den 6. April 1932.

Der Moskauer Prozess.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

SPD. In dem Moskauer Prozess wegen des Attentats auf den Botschaftsrat Twardowski wurden die Angeklagten Stern und Wassiljew am Mittwoch zum Tode verurteilt.

Der Revolveranschlag gegen den deutschen Botschaftsrat von Twardowski ist eine der merkwürdigsten Begebenheiten, die die an Rätselfeln so überreiche Geschichte der Sowjetunion aufzuweisen hat.

Der zweitägige Prozess, der mit dem Todesurteil gegen die beiden Angeklagten Stern und Wassiljew geendet hat, hat keinerlei Aufklärung über die Motive der Tat gebracht, obwohl sich die Sowjetregierung die grösste Mühe gegeben hat, diese Tat propagandistisch für ihre Zwecke auszuwerten. Denn die Behauptung, dass durch diesen Anschlag auf einen deutschen Diplomaten - es sollte der Botschafter von Dirksen selber getroffen werden und nicht sein erster Mitarbeiter - die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland erschüttert und die Sowjetunion für einen Interventionskrieg sturmreif gemacht werden sollte, ist von einer ungläublichen Naivität. Wenn der Attentäter, wie er es anscheinend selber zugibt, diese Folge von seinem Anschlag erwartet hat, so würde das nur ein Grund mehr sein, anzunehmen, dass er unzurechnungsfähig, ja schwachsinnig war. Eine solche Wirkung könnte vielleicht ein Attentat auf den englischen, den französischen, den japanischen oder den polnischen Botschafter ausgelöst haben, warum aber ausgerechnet die Ermordung des deutschen Vertreters die Ententemächte zu einem Interventionskrieg ermuntern könnte, ist unerfindlich. Oder glaubt jemand, dass etwa Deutschland einen solchen Krieg begonnen oder auch nur die diplomatischen Beziehungen zur USSR abgebrochen hätte, weil sein Botschafter offensichtlich durch einen Feind des Sowjet-Regimes ermordet worden wäre? Wenn das die gedankliche Konstruktion des Attentäters war, dann war sie blödsinnig. Jedenfalls war es die Konstruktion der von Krylenko vertretenen Anklageschrift. Aber das macht sie nicht im geringsten wahrscheinlicher und logischer, auch dann nicht, wenn sie sich auf die Bekundungen des Mitangeklagten Wassiljew stützte. Diese Bekundungen des Wassiljew sind umso rätselhafter, als Stern sich zwar zur Tat als solcher bekannt hat, aber energisch bestritt, von Wassiljew dazu angestiftet worden zu sein. Dieser Mann, der sowieso nichts zu verlieren hatte, blieb hartnäckig dabei, dass er auf eigene Faust gehandelt hätte. Aber mit jener erstaunlichen Hartnäckigkeit, die man in früheren GPÜ-Prozessen bei anderen Angeklagten schon beobachten konnte, blieb Wassiljew dennoch bei seiner Selbstanklage: er sei Sterns Anstifter und er habe in Verbindung mit ausländischen Hintermännern gestanden.

Nun sind beide Angeklagten zum Tode verurteilt worden. Ob sie beide erschossen werden, steht noch dahin. Auch wenn die Vollstreckung des doppelten Urteils offiziell gemeldet wird, so muss das noch lange nicht wahr sein:

denn niemand weiss, was sich wirklich in den Kellern des Zentralgefängnisses der GPU abspielen wird. Die offizielle Begnadigung des Wassiljew wäre das offizielle Eingeständnis, dass Wassiljew in diesem Prozess nur zum Schein die Rolle eines Angeklagten spielte, in Wirklichkeit unter einer Decke mit der Anklagebehörde steckte, um das behauptete "interventionistische Komplott" zu bekunden. Wenn also eine Begnadigung erfolgt, wird sie bestimmt nicht gemeldet werden, sondern die russische Regierung wird im Gegenteil versichern, dass beide Angeklagten erschossen wurden. In diesem asiatischen Diktaturstaat ist auf diesem Gebiet alles möglich!

In der Anklageschrift wurden alle Stellen, die sich präzise auf die ausländischen Hintermänner bezogen, seltsamerweise durch Gedankenstriche ersetzt. Die Erörterung dieses Themas fand in geheimer Sitzung statt. Warum denn? Läge es nicht im dringendsten Interesse des Sowjetstaates, das verbrecherische Treiben solcher ausländischen Terrororganisationen, die auf den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion hinarbeiteten, vor aller Welt zu enthüllen? Diese Geheimnistuerei lässt aber den Verdacht auftauchen, dass dieser - nämlich der propagandistische - Teil der Anklage auf sehr schwachen Füßen stand. Man wusste ja schon aus den Anspielungen in der öffentlichen Sitzung, dass die Anklage hauptsächlich Bezug nahm auf Bekundungen längst verstorbener oder erschossener Personen.

Die deutsche kommunistische Presse hat schliesslich die Katze aus dem Sack gelassen: das Attentat auf Twardowski ist das Werk der - zweiten Internationale!! Denn Wassiljew stand in Verbindung mit einem polnischen Beamten im Warschauer Aussenministerium Wsewolod Ljubarski, der Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei sei. Ausserdem sei Paul Löbe kürzlich in Warschau gewesen. Folglich: Paul Löbe hat zur Ermordung des deutschen Botschafters in Moskau angestiftet!!! So ungefähr müsste der gläubige Leser der kommunistischen Presse die sensationellen Enthüllungen seines Leibblattes auffassen.

Leider hat diese "Wahlbombe" verschiedene Löcher: 1. der Ljubarski - über dessen Verbindung mit Wassiljew ausschliesslich von einer längst erschossenen Frau ausgesagt worden ist - ist gar kein Pole, sondern ein russischer Emigrant; 2. ist er gar kein Beamter des polnischen Aussenministeriums, sondern früher einmal bei der polnischen Tabakmonopolverwaltung angestellt gewesen; 3. ist er niemals Mitglied der polnischen Sozialdemokratie gewesen. Sonst stimmt alles!

Das rätselhafte Attentat auf Twardowski wird wohl niemals aufgeklärt werden. Das einzige, was klar ist, das ist, dass dieser Anschlag zu einer grotesken Hetze gegen die Sozialdemokratie ausgenützt werden sollte. Doch war freilich diese Hetze so dumm aufgezo-gen, dass sie bei allen halbwegs vernünftigen Menschen nur Ekel auslösen wird.

SPD. Frankfurt/M., 6. April (Eig. Drahtb)

Die Feststellungen des preussischen Innenministers über den Charakter der Nationalsozialistischen Bürgerkriegsarmee veranlassen das Frankfurter Zentrumsblatt, die "Rhein-Mainische Volkszeitung", mit aller Entschiedenheit das Verbot der Nazi-Sturmabteilungen zu fordern. Es sei bedauerlich, dass nicht längst eingegriffen worden sei und auch heute noch Zweifel beständen, ob der Reichsinnen- und Reichswehrminister sich und den in seinen Ressorts massgebenden Beamten die erforderlichen Massnahmen abringen könnten.

SPD. Die kommunistische Presse verbreitet auf russischen Befehl phantasievolle Berichte darüber, wie herrlich es den Arbeitern in Sowjetrussland geht. Die letzte Blüte dieser Phantasien nach Potemkinschen Muster war ein Roman über eine Familie Zint aus Berlin, die jetzt in Moskau herrlich und in Freuden lebe. Nach dieser Schilderung hätte diese Familie eine Lebenshaltung, die schon fast als grossbürgerlich bezeichnet werden muss. Die sozialdemokratische Presse erhält fast täglich Briefe von Verwandten von in Russland arbeitenden deutschen Arbeitern zugestellt. In diesen Briefen kehrt immer wieder die Versicherung, wie grenzenlos enttäuscht die Briefschreiber sind, wie schlecht es ihnen geht, und dass sie nur eine Sehnsucht kennen: zurück nach Deutschland! Alle diese Briefe enthalten zugleich die Feststellung, dass es den russischen Arbeitern noch viel schlechter geht.

Natürlich leugnet die Sowjetregierung diese Verhältnisse und die kommunistische Presse mit ihr. Aber das Leugnen hat eine Grenze; denn die Sowjetregierung gibt jetzt ganz offen die Auswirkung dieser Verhältnisse zu. Wir wissen seit langem aus einer Fülle von Arbeiterbriefen, dass die russischen Arbeiter ihre deutschen Kollegen wegen ihrer Vorzugsstellung in der Ernährung mit Hass verfolgen. Deutsche Bergarbeiter haben berichtet, wie ihnen das Werkzeug gestohlen oder verdorben wird, dass man ihnen heimlich die Luftschräume anschneidet, dass man versteckte, aber systematische Sabotage gegen sie treibt. Hass des Arbeiters gegen den Arbeiter - diese Tragödie ist eine Begleiterscheinung des Stalinregimes.

Nun gibt der Sowjetfunk zu, dass der Ausländerhass ständig wächst. Er gibt zugleich die Massnahmen bekannt, die die Sowjetregierung dagegen ergreift: es wird Russen verboten, die Läden zu betreten, in denen ausländische Arbeiter kaufen! Der Anblick der Waren für die ausländischen Arbeiter könnte die Begehrlichkeit der russischen Arbeiter aufreizen. Wie schlecht muss es also den russischen Arbeitern gehen! Ferner werden die Klubs für ausländische Arbeiter von den Klubs für russische Arbeiter streng getrennt. Das sind Sturmzeichen! Gegenüber den amtlichen Bekanntmachungen des Sowjetfunks fallen die Lügen der deutschen kommunistischen Presse in sich zusammen. Der Sowjetfunk lässt das Elend erkennen - die Rote Fahne feiert das angeblich üppige Leben einer Berliner Arbeiterfamilie in Moskau. Läuft das nicht auf eine Verherrlichung des Parasitentums hinaus? Entweder ist es wahr, dann ist es das. Oder aber - und das ist es wirklich - es ist eine dummdreiste Lüge, die schon zusammengebrochen ist!

SPD. Saarbrücken, 6. April (Eig. Drahtb.)
Zentrumspartei, Sozialdemokratische Partei, Deutsche Volkspartei und die Deutsche Wirtschaftspartei des Saargebietes richten an das deutsche Volk folgenden Aufruf:

"Das Saargebiet kann zwar an der Reichspräsidentenwahl nicht teilnehmen. Wir Saarländer aber sprechen vor der schicksalhaften Entscheidung des nächsten Sonntags unseren Brüdern und Schwestern im Reiche die ernste Mahnung aus: Seid einig! Wir sind berechtigt zu dieser Mahnung. Deutschlands Schicksal ist unser Schicksal. In den grossen nationalen Fragen waren wir an der Saar einig. Diese Einigkeit hat das Saargebiet dem Deutschtum gerettet. Deutsche Brüder, deutsche Schwestern, stellt das Wohl des Vaterlandes über das Parteiinteresse, seid einig in dem einen grossen Mann, in Hindenburg!"

SPD. Die nationalsozialistische Propaganda wendet sich mit verstärkter Kraft an die Frauen. Sie sucht sie zu gewinnen mit tönenden Phrasen, sie will ihr Gefühl rühren, indem sie sich als Garant einer besseren Zukunft der Kinder anpreist. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist eine Erklärung Hitlers, dass alle Gerüchte, dass er sich von seinem Stabschef Röhm trennen wolle, schamlose Lügen seien. Es bleibt also beim röhmischen System!

Was um alles in der Welt hat das röhmische System mit den Interessen der Frauen zu tun? Für das röhmische System haben die Frauen bestenfalls nur die Bedeutung der geschlechtslosen Arbeiterinnen im Ameisenstaat, deren Bestimmung es ist, zu schaffen und zu dienen. Welches Gefühl kann dies System für die Würde der Frau haben, wenn Herr Röhm den Frauen mit perverser Abneigung gegenübersteht und wenn für ihn die Liebe nichts ist als ein "wider-natürlicher Verkehr"? Wir stellen nicht auf Herrn Röhm allein ab! In der ganzen Hitlerbewegung ist ein bewusster Zug, die Würde der Frauen herabzusetzen, die Befreiung der Frau rückgängig zu machen, ihre Gleichberechtigung zu bestreiten, sie als Menschen zweiter Klasse, als Objekte des Mannes hinzustellen. So wie Herr Goebbels vor seiner Verheiratung erklärte: Frauen haben schön zu sein und Kinder zu kriegen. Nach seiner Verheiratung wird Herr Goebbels allerdings noch eine dritte Funktion anerkennen: sie haben ihren Männern Vermögen in die Ehe zu bringen. Zum System Hitlers gehört eine männerbündlerische Frau verachtung, und Herr Röhm ist deshalb wirklich nicht so sehr ein Einzelfall! Und dafür sollen sich Frauen begeistern?

Nun gar erst die Propaganda mit den Kindern! Mit Verlaub: was wird aus den Kindern, wenn das röhmische System um sich greifen sollte? Was Herr Röhm als natürlich ansieht, hat mit Kindern wirklich nichts zu tun!

Welche Mutter aber kann sich für einen Mann begeistern, dessen Stabschef notorisch ein Wüstling, ein Verführer junger Menschen ist, ein Mann, der nicht nur pervers ist, dessen Sittlichkeit ausserdem unter allem Niveau ist?

Das röhmische System sollte nicht von Frauen und Kindern reden!

SPD. Braunschweig, 6. April (Eig. Dr.)

Die Eiserne Front der Stadt Braunschweig hatte dem Polizeipräsidium mitgeteilt, dass sie die Absicht habe, drei Schnell-Lastwagen mit Reichsbannerleuten zu bemannen, die Werbefahrten für den Reichspräsidenten von Hindenburg durch die Strassen der Stadt unternehmen sollten. Das Polizeipräsidium hat die Ausrüstung dieser Wagen untersagt, trotzdem die Nationalsozialisten seit Monaten mit solchen Wagen unterwegs sind. Die Wagen der Nazis werden auch als Ueberfallwagen benutzt. Die Polizei gibt an, von den Fahrten der Nationalsozialisten offiziell keine Kenntnis zu haben, obgleich die gesamte Einwohnerschaft der Stadt Braunschweig als Zeuge aufgeboten werden könnte.

SPD. Der Landeswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei zur Preussenwahl lautet :

1. Otto Braun, Preussischer Ministerpräsident, Berlin-Zehlendorf
2. Carl Severing, Staatsminister, Bielefeld.
3. Albert Grzesinski, Polizeipräsident, Berlin.
4. Adolf Grimme, Staatsminister, Berlin.
5. Otto Hörsing, Oberpräsident a.D., Magdeburg.
6. Gertrud Hanna, Sekretärin, Berlin.
7. Benno Chajes, Professor Dr.med., Berlin-Schöneberg.
8. Willy Drügemüller, Verbandssekretär, Berlin.
9. Dr. Siegfried Rosenfeld, Ministerialrat, Berlin-Tempelhof.
10. August Schmidt, Verbandssekretär, Bochum.

11. Josef Orlopp, Verbandsssekretar, Berlin.
12. Josef Lang, Verbandsssekretar, Berlin.
13. Elfriede Ryneck, Berlin-Britz.
14. Theodor Kotzur, Verbandsvorsitzender.
15. Klingelhöller, Kriminalrat, Berlin-Dahlem.
16. Fritz Wildung, Geschäftsführer, Berlin.
17. Max Sievers, Geschäftsführer, Berlin.
18. Julius Schwarz, Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Saarbrücken.
19. Alwine Wellmann, Osnabrück.
20. Walter Reinhold, Verbandsvorsitzender, Berlin-Oberschöneweide.
21. Otto Scharfschwerdt, Verbandsssekretar, Berlin.
22. Hildebrandt, Polizeibeamter, Berlin.
23. Karl Müller, Geschäftsführer, Hameln.
24. Max Gillmeister, Berlin.

SPD. Paris, 6. April (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat den Senator Paul Boncour zum ständigen Delegierten Frankreichs beim Völkerbund ernannt.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun hatte bereits vor dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl in einer "Amtlichen Entgegnung" auf Grund der Notverordnung an eine nationalsozialistische Zeitung in Essen erklärt, dass die tendenziösen Behauptungen über einen neuen Gehaltsabbau für die preussischen Staatsbeamten, der angeblich sofort nach den Wahlen erfolgen solle, frei erfunden seien. In dieser Entgegnung, die ausserdem durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst und durch den Rundfunk gleichzeitig der gesamten Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, hiess es zum Schluss:

"Nach diesen Feststellungen wird sich jede erneute Aufstellung der Behauptung von geplanten Gehaltskürzungen nach den Präsidentenwahlen als eine bewusste und tendenziöse Unwahrheit charakterisieren, gegen die mit den erforderlichen gesetzlichen Mitteln eingeschritten werden wird."

Pressemeldungen zufolge hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser in Kassel trotzdem wieder die Behauptung aufgestellt, dass am 26. April eine neue Notverordnung der Preussischen Regierung eine zehnprozentige Gehaltskürzung und eine unerhörte Kürzung der Renten und Arbeitslosenunterstützungen bringen werde. Diese Behauptungen sind durch die oben zitierten amtlichen Feststellungen des Preussischen Ministerpräsidenten hinreichend als Wahllügen gekennzeichnet. Die weiteren Folgen ergeben sich aus der Ankündigung des Preussischen Ministerpräsidenten von selbst.

SPD. Köln, 6. April (Eig. Drahtb.)

Die "Kölnische Zeitung" schreibt zu dem Ergebnis der Haussuchungen bei der NSDAP:

"Wer, unabhängig von Verfassungen, Parteigruppierungen und "Systemen" die moderne Staatsidee bejaht, muss folgerichtig zu dem Schluss kommen, dass Dinge, wie sie nach den Haussuchungen in Preussen festgestellt worden sind, in Deutschland unter keinen Umständen geduldet werden können, soll die Nation nicht innenpolitisch, aussenpolitisch und wirtschaftlich in die grösste Gefahr geraten. Wir wissen nicht, in welchem Umfang die Führer der Nationalsozialistischen Partei im einzelnen für alle diese Gesetzwidrigkeiten konkret verantwort-

lich zu machen sind, dürfen aber wohl auf die Erklärung Hitlers hinweisen, dass nichts in seiner Partei geschehe, von dem er keine Kenntnis habe. Sicherlich kann sich an den Rändern einer grossen Partei manches ereignen, was den Verantwortlichen entgeht. Hier aber handelt es sich um Enthüllungen von solchem Umfang, dass die Führer der Nationalsozialistischen Partei wohl kaum behaupten werden wollen, ihnen sei die Tätigkeit der einzelnen Organisationen unbekannt. Im Gegenteil: alles spricht dafür, dass die Massnahmen der Partei einen zentralen Charakter tragen. Die öffentliche Sicherheit verlangt in dieser Stunde, dass gegen alle Versuche, den Staat zu unterhöhlen, sich illegale Machtbefugnisse anzumassen, nachdrücklichst eingeschritten wird. Die Entschuldigung, man habe lediglich gegen das andere System mobilmachen wollen, kann die Staatsautorität nicht gelten lassen, denn für die Aufrechterhaltung der Ordnung ist der Staat allein verantwortlich. Wir brauchen keine Privatheere. Wir leben im 20. Jahrhundert und nicht im Mittelalter. Welche Massnahmen im einzelnen notwendig sein werden, soll hier nicht näher untersucht werden. Von der Untersuchung des Oberreichsanwalts wird wohl die Entscheidung abhängen. Verschwinden aber müssen die illegalen Versuche, die Souveränität des Staates zu zermürben."

SPD. Stuttgart, 6. April (Eig. Drahtb.)

Die in Reutlingen erscheinende sozialdemokratische "Freie Presse" teilt mit, dass in Reutlingen am 11. März in der Autogarage eines bekannten Mitglieds der Nazis Tafeln mit der Aufschrift "Brüder! Nicht schiessen!" in der Grösse von 60 - 80 Zentimeter so fertig gemacht worden sind, dass sie entweder getragen oder auf Wagen befestigt werden konnten.

Das Württembergische Landesorgan der Zentrumsparlei berichtet von folgendem Vorgang aus einer württembergischen Gemeinde: "Sassen da, drei Tage vor der Reichspräsidentenwahl, ein paar Bürger, darunter der Gemeindepfleger, beim Schoppen, als ein junger Naziführer, Neffe des Gemeindepflegers, auf diesen zutrat mit den Worten: "Onkel, jetzt hast du noch drei Tage Zeit; wenn du dich nicht unserer Sache anschliessest, wirst du und der Schultheiss abgesetzt. Schultheiss wird der S. und für deinen Posten ist der H. vorgesehen, also überleg' es dir."

Dieser Vorgang ist kennzeichnend dafür, dass die Nazis zum 13. März überall die "Posten", von denen man sich eine Machtausübung versprechen zu können glaubte, unter ihre Gesinnungsfreunde aufgeteilt hatten.

SPD. Kiel, 6. April (Eig. Drahtb.)

Die erste gerichtliche Würdigung des Nazi-Materials, das an Dienstag der preussische Innenminister Severing der Öffentlichkeit übergeben hatte, erfolgte am Mittwoch vor dem Amtsgericht Kiel. Zur Verhandlung stand der Antrag Hitlers gegen den Hauptschriftleiter der Kieler Volkszeitung Wurbs, dem durch Gerichtsbeschluss verboten werden soll, zu behaupten, dass Hitler den Bürgerkrieg vorbereitet habe, Putschanweisungen erlassen und den Führern der SA befohlen habe, Waffen und Lebensmittel zu requirieren und bei der Besetzung öffentlicher Gebäude auch die Kassen mitzunehmen. Das Urteil wird am Donnerstag verkündet.

Der Beklagte betonte, dass ihm der Legalitätsschwur Hitlers in dem Prozess gegen die Ulmer Reichswehroffiziere durchaus bekannt sei. Ihm seien aber auch die zwei Entscheidungen des vierten Strafsenats des Reichsgerichts vom Februar und September 1931 bekannt, in denen die Illegalität mindestens eines Teils der Nationalsozialisten festgestellt worden sei. Bekannt sei ihm auch die Erklärung Hitlers im Februar 1931 zu München, dass in seiner Partei nichts

geschehe, was er nicht wisse und wünsche. Daran müsse man denken bei der Beurteilung des Boxheimer Dokuments, dessen Verfasser sich noch heute der Protektion Hitlers erfreue und vor allem bei der Beurteilung des Materials über die Ergebnisse der Haussuchungen in Preussen und in Bayern. Hitler mache sich durch seine Erklärung ohne weiteres verantwortlich für alles, was in seiner Partei geschieht. Er sei infolgedessen auch verantwortlich für die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten vor dem 13. März. Für jeden Publizisten entstehe nach den Enthüllungen des preussischen Innenministers die Frage was mehr gelte: die von den Behörden beschlagnahmten Dokumente oder Hitlers Eid vor 1½ Jahren. Jede politische Schlussfolgerung aus amtlichem Material werde unmöglich, wenn dem Antrag Hitlers stattgegeben werden sollte. Die Behauptung Hitlers, dass er Illegalitäten niemals in seiner Partei dulden werde, werde widerlegt einmal durch die Tatsache, dass die Verfasser der Boxheimer Blutdokumente noch heute unbestrittene Führer der Nazis seien, aber auch durch den Mörder Heines, der sogar ein besonderes Paradeferd der Nationalsozialisten sei. Nicht ein einziger der der Illegalität überführten Nazis sei bisher aus der Partei ausgeschlossen worden. Diese Tatsache habe im Dezember 1931 den Reichskanzler bewogen, die Legalität der Nationalsozialistischen Partei zu bestreiten. Das gleiche machten jetzt die preussischen und bayerischen Minister, sodass gegen deren unbestreitbare Beweise alle Legalitätsbetreibungen Hitlers verschwinden. Hitler sei voll verantwortlich für die Vorbereitungen der Nazis zum Bürgerkrieg und sein Antrag sei deshalb abzulehnen.

Interessant war die Verteidigung des Anwalts von Hitler, der immer wieder aufgeregt schrie, dass die Nationalsozialistische Partei die Echtheit der Dokumente und die Wahrheit der Enthüllungen des Ministers Severing bestreite. Viel schwerer als alles wiege der Eid Hitlers, der am Dienstag abend von Berlin aus eine weitere eidesstattliche Erklärung übermittelt habe, in der es heisst: "Ich, der unterzeichnete Führer der NSDAP, Adolf Hitler, versichere folgendes an Eides statt: .." Und nun erklärt er, dass die Angaben der Kieler Volkszeitung über die Bürgerkriegsvorbereitungen falsch seien. Er sei legal, er bleibe legal und auch seine Partei sei legal.

Das Urteil über den Antrag wird am Donnerstag verkündet.

SPD. Hannover, 6. April (Eig. Drahtb.)

Die hiesigen Nazis befinden sich trotz riesiger Zuwendungen in grosser Geldverlegenheit. Die Rechnungen des ersten Wahlganges, die in die Hunderttausende gehen, sind noch nicht bezahlt. Die Lieferanten machen deshalb Schwierigkeiten. Mit Rücksicht auf die Geldverlegenheit hat die Nazi-Gauleitung inzwischen ein Rundschreiben herausgehen lassen, in dem erklärt wird, dass ausser den vorgesehenen Versammlungen keine weiteren stattfinden dürfen.

Auch verschiedene Hauswirte, die seit Monaten in Erwartung des Dritten Reiches die Mieten für die zahlreichen Büros und Kasernen der Nazis gestundet haben, werden jetzt ungeduldig und verlangen Zahlung oder Räumung. Der Hauswirt, in dessen Haus die Ortsgruppenleitung der Nazis in Hannover eine grosse Wohnung für Bürozwwecke gemietet hat, beantragte eine einstweilige Verfügung gegen die NSDAP, weil fast alle anderen Mieter im Hause, zum Teil ehemalige Offiziere und ähnliche Kreise, ihre Wohnung gekündigt haben mit der Begründung, dass sie den täglichen Belästigungen durch die SA-Horden nicht mehr ausgesetzt sein wollen. Auch in den Nachbarhäusern haben zahlreiche Mieter unter der ausdrücklichen Versicherung gekündigt, dass ihnen das rowdyhafte Treiben der SA-Banden nicht mehr passe. Die Hauswirte, zum Teil selbst Nazis, bestürmen nun ihre Kollegen, das Nazibüro schleunigst zu entfernen.

SPD. Aus dem bei der preussischen Polizei-Aktion gegen die NSDAP gefundenen Material ergibt sich u.a., dass die Reichsleitung der Nazis in München nicht weniger als 1000 besoldete Spitzel unterhält.

Die Bezahlung dieser Spitzel erfolgt aus einem besonderen Fonds mit beträchtlichen Mitteln. Ihre Tätigkeit ist in München zentralisiert. Jeder Spitzel wird als Nummer geführt und hat seine Berichte nicht mit Namen sondern mit der betreffenden Nummer zu versehen. Die Berichte, die den Nachrichtendienstweg der SA bis nach München durchlaufen, dürfen von den Eingangsstellen nicht mit Bemerkungen versehen werden, damit, falls solche Berichte in unrechte Hände fallen, wie es in einer Anweisung eines Gruppenführers an einer Nachrichtenleiter heisst, keinerlei Anhaltspunkte gegeben seien. Es genüge, wenn die oberste SA-Führung die Nummer und damit den Absender der Berichte kenne.

SPD. Prag, 6. April (Eig. Drahtb.)

Der tschechische Ministerrat beschloss am Mittwoch aus finanziellen Gründen die Militärdienstzeit von 18 auf 14 Monate zu kürzen und die Umsatzsteuer von 2% auf 3% zu erhöhen. Ausserdem wurde das von den Agrariern geforderte Benzin-Einmischungs-Gesetz beschlossen.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer dürfte bereits in den nächsten Tagen zum Austritt der tschechischen Gewerbebank-Partei aus der Koalition und zum Rücktritt des ihr angehörenden Eisenbahn-Ministers führen.

SPD. Einer Zuschrift eines Standartenführers der Berliner SA, die sich mit der Erklärung des Exkronprinzen für Hitler befasst, entnehmen wir, dass den Nazis aus monarchistischen Kreisen mehr als 1½ Million Mark zugeflossen sind. In der Zuschrift heisst es dann weiter:

Man weiss in der NSDAP genau, dass Hitler einen Geheimvertrag mit den Hohenzollern hat, demzufolge er sofort nach seiner Regierungsübernahme eine Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Deutschland gestatten wird. Ebenso wird er einen neuen Vergleich zugunsten der Hohenzollern herbeiführen. Ähnliche Versprechungen liegen für fast sämtliche anderen deutschen Fürsten vor. Nur so ist es zu erklären, dass z.B. die Grossherzöge von Oldenburg und Mecklenburg, wie auch der Herzog von Koburg jetzt offen für Hitler eintreten und ihn mit grossen Geldsummen unterstützen. Hitler hat wiederholt mit dem Exkronprinzen über die Frage einer monarchistischen Restauration verhandelt.

SPD. London, 6. April (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch-Nachmittag fand die erste offizielle Sitzung der Viermächtekonferenz statt. Sie wurde um 17,30 Uhr beendet. Es wurde die Notlage der Donauländer und die verschiedenen Möglichkeiten der Hilfe erörtert. Die Behandlung des Problems grupperte sich um sieben Punkte.

Der erste Punkt betrifft die Frage, welche Länder als Donauländer im Sinne des Plans anzusprechen seien. Es sollen einbezogen werden Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Der zweite Punkt betrifft die Form, unter der die in Frage kommenden Länder aufgefordert werden sollen, miteinander Verhandlungen anzuknüpfen. Punkt drei bezieht sich auf die Zollpräferenzen, die sich die Staaten gegenseitig in Höhe von 10 bis 12 Prozent gewähren sollen. Der nächste Punkt bezieht sich auf das Verhältnis der übrigen Staaten zu dem Donaubund. Die anderen Punkte befassen sich mit der Frage von Anleihen, und zwar empfiehlt Punkt fünf die sofortige Ge-

Währung von kurzfristigen Anleihen an Österreich und Ungarn, der sechste die Konversion aller bestehenden Anleihen der fünf Staaten in eine einheitliche Anleihe mit niedrigerem Zinsfuß, und der siebte Punkt befasst sich mit der internationalen Budgetkontrolle, mit welcher der Plan verknüpft ist.

Irgendwelche Ergebnisse sind bisher noch nicht erzielt. Man versucht, durch eine Auflockerung der Konferenz weiterzukommen und hat ein politisches Komitee eingesetzt, das die verschiedenen Seiten des Problems behandeln und in der für Donnerstag-Nachmittag angesetzten Hauptsitzung berichten soll. Dieses Komitee ist jedoch mit der Konferenz weitgehend identisch. Ausserdem werden die Regierungen einen Ausschuss von Finanzexperten, bestehend aus Beamten der Finanzministerien zusammentreten lassen, um den Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes einem Studium zu unterziehen. Die Arbeiten dieses Ausschusses stehen ausserhalb der Konferenz und seine Arbeit wird länger dauern als die Konferenz tagt. Von englischer Seite wird Sir Frederic Leithross, der Wirtschaftsberater der Regierung, in dieses Komitee entsandt. Dass die Konferenz schon am Donnerstag beendet sein wird, wie verschiedene englische Zeitungen am Mittwoch-Vormittag annehmen, ist sehr unwahrscheinlich

SPD. Braunschweig, 6. April (Eig. Dr.)

Einer dringenden Nachprüfung durch die verantwortlichen Reichsstellen bedarf die Haltung des Naziministers Klagges angesichts der putschistischen Vorbereitungen seiner Parteifreunde in der Nacht vom 13. zum 14. März. Auch im Lande Braunschweig hatten die Nazis umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um im Falle eines Hitlersieges in die Stadt Braunschweig und in andere Indus- triegemeinden, aber auch in benachbarte preussische Städte einzurücken. Von republikanischer Seite sind diese Bürgerkriegsrüstungen der bewaffneten, durch Zuzug von auswärts bedeutend verstärkten SA-Formationen im Braunschwei- gischen aufgeklärt worden. Die Vorbereitungen der Naziverbände können der Po- lizei nicht verborgen geblieben sein, sie müssen auch Herrn Klagges als ver- antwortlichen Minister für Sicherheit und Ordnung bekannt gewesen sein. Jedoch die illegalen Treibereien sind polizeilicherseits in keiner Weise unterbunden und ebenso wenig ist bis heute irgend eine amtliche Untersuchung eingeleitet worden.

SPD. Die Bundesleitung des Stahlhelm hat auf die ultimative Forderung des Reichspräsidenten von Hindenburg, seines bisherigen Ehrenmitgliedes, die Massregelung solcher Stahlhelmer unverzüglich rückgängig zu machen, die für ihn bei der ersten Wahl eingetreten sind, inzwischen geantwortet. Der Wortlaut dieser Antwort wird einstweilen nicht mitgeteilt, aber man erfährt von unterrichteter Seite, dass sie befriedigend ist.

Berichtigung. In unsrer heutigen Beilage "Kunst und Wissen" ist in dem Artikel "Berliner Theater" versehentlich am Schlusse von Blatt 6 eine Zeile ausgefallen. Es muss im Verlauf der Besprechung der Oper "Die Bürgschaft" richtig heissen: "Jegliche fortlaufende musikdramatische Linie fehlt, viel- mehr sind lauter in sich abgeschlossene, voneinander unabhängige Tonsätze aneinandergereiht. Auch der bei Weill so beliebte "Song" nimmt wieder einen breiten Raum ein."

Wahl aus aller Welt

Seeleute gegen Hitler!

Wie auf Schiffen gewählt wird - "Enten" und Tatsachen - Die Organisierten lehnen den Faschismus ab.

SPD.Hamburg, 6.April (Eig.Ber.)

Wie wählen die Seeleute? Die Frage ist plötzlich akut geworden. Eine Wahlbombe, besser: eine Stinkbombe des "Obersaf" hat den Stein ins Rollen gebracht. Schon in der Morgenfrühe des 13.März, dem Tage des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl, liess Hitler bekannt geben, die deutschen Seeleute hätten sich angeblich für ihn entschieden. Die Bombe verfehlte ihre Wirkung, Hitler musste nicht nur auf die Vorschusslorbeeren verzichten, er erhielt auch von den Verleumdeten selbst die verdiente Abfuhr. Die Frage ist aber für den Binnenländer offen geblieben: wie und wen wählten die deutschen Seeleute?

Die Seeleute machen von ihrem Stimmrecht gewissenhaft Gebrauch. Die gute straffe gewerkschaftliche Organisation an Bord und im Hafen und die politische Tradition haben hier eine vorbildliche Erziehungsarbeit geleistet. Allerdings: Schiffe, Frachter und Passagierdampfer im Hochseeverkehr, sind meist an bestimmte Routen und Fahrzeiten gebunden. Wertvolle, leicht verderbliche Fracht, Eilgüter, Postsachen etc. erfordern bestimmte Reisettermine; die Schiffe können in den Heimathäfen der Mannschaften nicht warten, bis sich die Wahllokale öffnen, um den Mannschaften die Möglichkeit zur Ausübung ihrer Wahlpflicht zu verschaffen. Um nun jenen Seeleuten die Möglichkeit zur Ausübung der Wahlhandlung zu geben, deren Schiffe am Tage vor der Wahl bereits den "Blauen Peter" gesetzt haben, die also durch ihre Flagge anzeigen, das sie binnen vierundzwanzig Stunden den Hafen verlassen werden, ist es bei den deutschen Hafenbehörden Brauch, diesen Seeleuten am Tage vor der Wahl die Abstimmung frei zu geben. Mit Hilfe des amtlichen Stimmscheins, den jeder Seemann ebenso erhält wie der Reisende im Binnenlande, kann er dann schon einen Tag früher in seinem Wahlbezirk wählen gehen. Die Stimmen werden nicht besonders, sondern erst nach Schluss der allgemeinen Abstimmung gezählt und verrechnet.

Die Sachlage ändert sich für die Mannschaften, deren Schiffe sich bereits in See befinden, aber am Wahltage noch nicht die deutsche Seegrenze passiert haben. Sofern Schiff und Mannschaft in diesem Falle die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, wird an Bord selbst die Wahlhandlung vorgenommen auf Grund der geprüften und ausgelegten Wahllisten, wie sie sich aus der Zusammenstellung der Bordlisten ergeben. Die Seeleute wählen dann an Bord, unter den gleichen Voraussetzungen wie an Land. Das Ergebnis ihrer Wahl wird durch Funkbericht oder versiegeltes Schreiben an die Heimatbehörde weitergeleitet. Der Schluss der Wahlhandlung wird an Bord früher angesetzt als an Land.

Schiffe und Mannschaften aber, die sich ausserhalb der deutschen Hoheitsgrenzen befinden, kommen für den Wahlakt ebensowenig in Frage wie alle sonstigen, im Auslande lebenden Deutschen. Wenn Hitler also von diesen Stimmen fabulierte, so ist das eine dumme und grobe Lüge.

In den Häfen der Nord- und Ostsee wählen die Seeleute ohne Unterschied wie jeder anderer Arbeiter an Land. Sie geben ihre Stimmen in den Hafenwahlbezirken ab, auf Grund ihrer Stimmkarte, oder bei längerem Verweilen im Hafen auf Grund der Eintragungen in die Stimmlisten. Ihre Stimmen gehen bei der Handhabung der geheimen Wahl genau so unter, wie jede andere Einzelstimme auch. Aber obwohl man keine besonderen Seemannsresultate errechnen kann, beweisen

die aus den Hamburger, Cuxhavener und Bremer ausgesprochenen Seemannsbezirken veröffentlichten Stimmziffern zur Genüge, wie sehr sich Hitler schon im ersten Wahlgang verrechnete, als er den deutschen Seeleuten so viel politische Platitude und Borniertheit zutraute. Die deutschen Seeleute wählten Hindenburg, um Hitler zu schlagen.

+ + +

Kampf um Kunst. Der kleine Schwurgerichtssaal des Gerichts in Berlin-Moabit gleicht seit Mittwoch einer Gemäldegalerie: Überall an den durch Oberlicht erhellten Wänden hängen Wilder des genialen im Jahre 1891 verstorbenen holländischen Malers Vincent van Gogh; Bilder, von denen man vorläufig nur noch nicht weiss, ob sie echt sind oder nicht...

Dem Angeklagten, dem dreiunddreissigjährigen Kunsthändler Wacker, wird vorgeworfen, dass er die Bilder, die er für gutes Geld und als echt verkaufte, gefälscht habe. Wacker bestreitet aber jede Schuld. Die Sachverständigen sind sich nicht einig; ein langer Pressekrieg ging der jetzt beginnenden auf mehrere Tage berechneten Verhandlung, deren Voruntersuchung sich auf vier Jahre erstreckte, voraus. Nun sollen vor Gericht nicht weniger als 15 Sachverständige aus Deutschland und Holland, darunter Namen von internationalem Klang, ihre Meinung vertreten. Unter den erschienenen Zeugen befindet sich auch der in Holland wohnende Neffe des Malers; er trägt den gleichen Vornamen; er erinnert auch im Schnitt des Gesichts und in der Kopfform an den Onkel.

Nach längerer von der Verteidigung eingeleiteter und vom Gericht negativ entschiedener Diskussion über Befangenheit einiger Sachverständiger schilderte der Angeklagte sein Leben. Er stammt aus einer Malerfamilie, mit zwölf Jahren hat er schon Bilder seines Vaters verkauft, mit dreizehn Wanderausstellungen geleitet. Im Jahre 1914 verzog der Angeklagte mit seinen Eltern nach Berlin. Er betrieb Kunst-, insbesondere auch van Gogh-Studien, verkaufte Bilder kommissionsweise; ausserdem trat er als Kunztänzer auf. Die 30 van Gogh-Bilder, die nach Meinung der Anklageschrift Fälschungen darstellen, will Wacker von einem russischen Emigranten gekauft haben. Der Angeklagte erzählt: "Als ich einen Tanzabend im Blüthnersaal gab, kam ein Russe zu mir ins Künstlerzimmer. Er zeigte grosses Interesse für meine Tanzkunst. Später erfuhr ich von ihm, dass er eine grosse Bildersammlung habe, die er aus Russland heimlich und ohne Wissen der Sowjetbehörden ausgeführt hatte und dass er in der Schweiz lebe. Den Namen dieses Russen will ich aber nicht sagen, auch keine Angaben über sein Alter machen. Vors.: "Hatte er einen bekannten russischen Namen?" Angeklagter: "Das wohl, aber mehr sage ich nicht, damit man nicht in Russland auf seinen Namen kommt. Der Besitzer hat noch Verwandte in Russland, die sicher grossen Unannehmlichkeiten ausgesetzt wären, wenn der Sachverhalt ans Tageslicht käme."

+ + +

Im "Sklarek" nichts Neues. Im Berliner Sklarek-Prozess kam es am Mittwoch zu einem heftigen Krach zwischen Leo Sklarek und dem angeklagten Stadtbankdirektor Hoffmann. Es ging um die Zuwendungen, die Hoffmann offenbar bekommen hat und die er jetzt abstreiten möchte.

+ + +

Devisentod. Ein in Wiesbaden wohnhafter Grosskaufmann Dette, der der Devisenschlebung beschuldigt wurde, entzog sich der Verhaftung durch Freitod.

+ + +

"Friedensfeier". Im Norden Berlins kam es zwischen mehreren Zigeunerstämmen, die sich zu einer "Friedensfeier" zusammengefunden hatten, zu einer wüsten Schlägerei und Schiesserei. Eine Anzahl Personen wurde verletzt. Gegen die Beteiligten wird Strafbefehl erlassen werden.

+ + +

Beethoven-Preis. Der im Jahre 1927 vom preussischen Staatsministerium begründete Beethoven-Preis wurde für 1932 dem Komponisten Dr.h.c. Max v.Schilling verliehen.

+ + +

Rumäniens Flutkatastrophe. Die rumänische Ueberschwemmungskatastrophe hat furchterliche Ausmasse angenommen. In der Bukowina, in Siebenbürgen und Bessarabien stehen mehr als hundert Dörfer unter Wasser. Ueberall sind Menschenopfer zu beklagen; so wurde in dem siebenbürgischen Dorfe Aasnadul eine fünfköpfige Familie unter einem einstürzenden Hause begraben. In den überschwemmten Gegenden ist der Eisenbahnverkehr fast vollkommen stillgelegt. Der entstandene Materialschaden beläuft sich auf hunderte von Millionen. Acht Regimenter Soldaten wurden zur Hilfeleistung entsandt.

+ + +
Niedergeklatscht. Am Mittwoch-Vormittag wurde in zahlreichen Berliner Lichtspieltheatern zum ersten Mal der Beyfuss'sche Kulturfilm "Heimkehr" gezeigt. Der Film, der mit der Aufforderung zur Wahl Hindenburgs schliesst, fand überall stürmischen Beifall. Nur in einem Kino am Kurfürstendamm begannen einige Nazilümmels an der Stelle, an der das Tannenbergmahl gezeigt wird, ein Pfeifkonzert. Die Burschen hatten mit ihrer Argumentation wenig Erfolg; sie wurden niedergeklatscht.

+ + +
Wieder Alkohol! In Finnland wird seit Mittwoch nach der durch Volksabstimmung abgeschafften Prohibition zum ersten Mal seit Jahren wieder Alkohol öffentlich ausgeschenkt und verkauft. Die grossen Hotels sind indes noch "trocken", weil mit der Monopolverwaltung - der Verkauf geschieht im Staatsmonopol - bisher keine Einigung über die Preise erzielt werden konnte. Infolge des zu erwartenden Ansturmes hat sich die Regierung "eingedeckt" und je 50 000 Hektoliter estnischen Wodka und echten Whisky eingekauft.

+ + +
Gummihufeisen. Ein ungarischer Erfinder liess von ihm konstruierte Gummihufeisen patentieren. Durch eine in die Hufeisen eingelegte Gummieinlage sollen die Pferde angeblich besser laufen und springen können.

+ + +
"Sorgen". Die grosse Sommerneuheit von Los Angeles sollen, wie aus Amerika berichtet wird, Badekostüme aus undurchsichtigem, gesponnenem Glas sein, durch das die Gestalt der Trägerin in einen weissen glitzernden Glanz gehüllt wird. Die mondäne Welt kann beruhigt sein; sie hat nun eine wichtige Sorge weniger.

+ + +
Verbotene Kindesentführung. Die amerikanischen Filmgesellschaften werden im Anschluss an die Lindbergh-Affäre mit Manuskripten über das Thema "Kindesentführung" überflutet. Die Filmdirektionen wurden vor dem Ankauf derartiger Manuskripte gewarnt, da dieser Stoff keinesfalls die Zensur passieren würde.

+ + +
Wettersturz. Im Riesengebirge fiel Schnee; am Mittwoch-Morgen herrschten auf dem Kamm 7 Grad Kälte.

+ + +
"Freier Eintritt". Der Direktor eines nur schwach besuchten französischen Wanderzirkus kam dieser Tage auf eine rettende Idee: er liess bekanntgeben, dass der Eintritt zu seinem Zirkus frei sei. Die Ankündigung war keine Lüge, der Direktor hielt Wort, bereits zur nächsten Vorstellung war das Zelt überfüllt. Aber als das Publikum nach Hause gehen wollte, erblickte es zu seinem Bedauern am Ausgang ein grosses Schild mit der Inschrift: "Ausgang 1 Franc". Als Kassierer betätigten sich erfolgreich die beiden Kraftmenschen des Herrn Zirkusdirektor - und zum ersten Male war die Zirkuskasse voll.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Ruf aus Genf.

Der Bericht von Albert Thomas. Ein Dokument voll Mut und Geist.

SPD. Der Völkerbund hat die Welt enttäuscht. Die Stimmen aus Genf stossen daher auch in der Arbeiterschaft heute auf viel Misstrauen und Unmut. Wenn Genf noch nicht völlig bei den Arbeitern abgewirtschaftet hat, dann verdankt es das nur dem Internationalen Arbeitsamt und vor allem dessen Direktor Albert Thomas, dem unermüdlichen Vorkämpfer für eine bessere Welt. Sein neuer sozialpolitischer Weltbericht, der soeben kurz vor dem Zusammentritt der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf erschienen ist, ist ein Dokument von besonderem Wert. Es verrät neben einer gründlichen Analyse der weltpolitischen Verhältnisse stark und deutlich den Willen und den Drang der Internationalen Arbeitsorganisation zu einer Neuordnung der Dinge. Auf den diesjährigen Bericht dürfte man angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, denen auch die internationale Sozialpolitik im Rahmen der Weltkrise ausgesetzt ist, besonders gespannt sein. Man darf feststellen, dass dieser Bericht in seiner Eigenart alle Erwartungen erfüllt.

Albert Thomas teilt mit, dass die Zahl der Ratifikationen internationaler Arbeitsübereinkommen sich in den letzten 10 Monaten um 28 erhöht hat gegenüber 38 im Jahre 1931 und 44 im Jahre 1930. Die neue Zahl zeigt eine nicht unbedeutliche Verringerung im Tempo des internationalen sozialen Fortschritts. Sie zeigt aber auch, dass der soziale Fortschritt selbst in der Krise, wenn auch langsamer als in den Jahren guter Konjunktur, seinen Weg geht.

Bei den Kritikern der Internationalen Arbeitsorganisation hat es nie an Vorwürfen gefehlt gegen die angebliche Erfolglosigkeit der Bemühungen Albert Thomas' und seines Amtes, insbesondere in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Demgegenüber stellt Thomas fest, dass das Amt auf diesem Gebiet nach langen und harten Auseinandersetzungen, und vor allen Dingen nach einer eingehenden wissenschaftlichen Durchforschung der Verhältnisse, Vorschläge gemacht hat, denen zwar kein voller Erfolg beschieden war, deren Initiativ-Wirkung in den einzelnen Ländern aber nicht bestritten werden kann. Durch die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes hat der Gedanke von der Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung und einer öffentlichen Arbeitsvermittlung wesentlich an Boden gewonnen. Für die organisierte Arbeiterbewegung war es von grösstem Wert, dass sich das Internationale Arbeitsamt in seinen Arbeiten - sehr im Gegensatz zu den in Genf mitwirkenden Unternehmervertretern - eindeutig zur 40-Stundenwoche als Arbeitszeitgrenze bekannt hat. Vor allem aber hat die Idee der internationalen öffentlichen Arbeitsbeschaffung, die von Albert Thomas ausging, in allen Ländern der Welt ein gewaltiges Echo gefunden, und die Arbeiterschaft mit ihren Millionen von Arbeitslosen hat an diese Pläne grosse Hoffnungen geknüpft.

Sind die Arbeitsbeschaffungspläne von Albert Thomas gescheitert? Nein! Aber noch zögern die Regierungen, den vom Internationalen Arbeitsamt vorgezeichneten Weg zu beschreiten. Besonders bezeichnend ist, dass die soeben beendeten Beratungen des Verkehrs- und Transitausschusses des Völkerbundes in Paris über die öffentlichen Arbeitsbeschaffungspläne sich nicht mit Plänen Deutschlands, Frankreichs und Grossbritanniens befassen konnten, weil diese Regierungen es bisher mit Absicht verabsäumt haben, ihre Arbeitsbeschaffungspläne aufzustellen. Warum diese Versäumnis? Weil die den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft gehorchenden Regierungen wissen, dass die Einreichung solcher Pläne

gleichbedeutend wäre mit einer öffentlichen Anerkennung der Tatsache, dass nur nationale und internationale Planwirtschaft aus der Krise der Privatwirtschaft herausführen können. Dass hier die eigentlichen Gründe der Verzögerung liegen, kann man auch in dem Bericht des Direktors trotz der Mässigung, die sich Albert Thomas in seiner Stellung naturgemäss auferlegen muss, sehr gut zwischen den Zeilen lesen. Thomas weist mit Recht darauf hin, dass mit sozialpolitischen Mitteln allein die Krise nicht überwunden werden kann. Fruchtbare internationale sozialpolitische Arbeit hat die baldige Inkraftsetzung wirtschafts- und finanzpolitischer Beschlüsse zur Voraussetzung, die nicht im Rahmen der Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation liegen. Mehr als einmal hat die Internationale Arbeitsorganisation den zuständigen Völkerbundsorganen gegenüber initiativ gewirkt. Leider stossen die sozialen Notwendigkeiten beim Völkerbund auf eine zu grosse Zurückhaltung. Auch hier unterscheidet sich die Internationale Arbeitsorganisation, in der die Arbeiterschaft in allen Organen mitbestimmend vertreten ist, sehr vorteilhaft von den Völkerbundsorganen, in denen in der Tat die bezopften Diplomaten und die oft geradezu unverständliche Prestigepolitik ihrer Regierungen den Ausschlag geben. Wandel schaffen kann hier nur eine wesentliche Stärkung des Einflusses der organisierten Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern.

Mut und Geist verraten sprechen aus dem Bericht des Direktors vor allem auch dort, wo er die Notwendigkeit einer organisierten Wirtschaft und einer internationalen Zusammenarbeit auf kollektiver Grundlage beleuchtet. Die Ansätze zu einer kollektivistischen Organisation in wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Beziehung keimen und spriessen überall. Gerade in Deutschland zeigt die Tendenz der Notverordnungen mit ihrem weitgehenden Eingriff in das Privatrecht, dass selbst kapitalistisch orientierte Regierungen wie die Deutsche Reichsregierung sich solchen Notwendigkeiten nicht mehr entziehen können. Dass die organisierte Arbeiterbewegung, insbesondere Gewerkschaften und Genossenschaften, zum richtigen Funktionieren kollektivistischer Grundsätze in Wirtschaft und Gesellschaft die erste Voraussetzung sind, wird in dem Bericht an zahlreichen Beispielen aus verschiedenen Ländern klar zum Ausdruck gebracht.

Zweifellos führt der Weg zu dieser Neuordnung der Dinge, die allein das Problem des Ausgleichs zwischen Produktion und Verbrauch zu lösen vermag, über Genf - trotz aller Mängel und Rückschläge, die augenblicklich zu verzeichnen sind. Einen wertvollen Anfang sieht Albert Thomas in der Abrüstungskonferenz, die schon einen Erfolg darstellt, wenn sie zu einer Beschränkung der Rüstungen führt. Ein Abbau der geradezu erschreckenden Rüstungslast von jährlich nahezu 20 Milliarden Mark wäre ein erster wichtiger Schritt zur Kräftigung der Sozialtats und Verringerung der Steuerlast. Ersparnisse auf der Rüstungsseite zu Gunsten der Sozialtats! Noch hat der Verwaltungsrat des IAA einen solchen Antrag nicht gestellt, aber Thomas stellt die Frage, ob denn ein solcher Gedanke so absurd wäre. Ein solcher Antrag wäre, wenn er zustande käme und angenommen würde, das Vernünftigste von allem, was bisher in Genf gesprochen und geschrieben wurde.

SPD. In der holländischen Rheinschiffahrt ist ein Streik ausgebrochen. Die Arbeitgeber fordern eine Lohnkürzung um 15 Prozent. Die Verhandlungen blieben ergebnislos. Die Streikbewegung erfasst im Augenblick etwa 900 Mann auf einer ganzen Reihe von Schleppdampfern. In Rotterdam konnten 15 Dampfer nicht auslaufen. Auch in Dordrecht hat der Streik eingesetzt. Die Besatzung einiger Schleppdampfer der Neederlandschen Rheinschiffahrts-Vereinigung und der Gesellschaft Vulkan, die sich in den Ruhrhäfen befand, weigerte sich zu den neuen Bedingungen zu arbeiten und kehrte per Bahn nach Rotterdam zurück. Das deutsche Rheinschiffahrtspersonal übt gegenüber den holländischen

Arbeitskollegen Solidarität. So hat sich bereits die Besatzung von zwei deutschen Schleppdampfern geweigert, bestreikte Fahrzeuge abzuschleppen.

+ + +

Tarifverhandlungen für die deutsche Rheinschiffahrt finden zur Zeit in Duisburg statt. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Für die Elbschiffahrt sollen am 11. April Manteltarifverhandlungen stattfinden. Für die Bezirke der Elbe, Oder und märkischen Wasserstrassen sind die Lohn- und Manteltarife zum 30. April gekündigt worden.

SPD. In der Textilindustrie haben fast überall die Arbeitgeber Tarifkündigungen vorgenommen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Manteltarife. In der westsächsischen Textilindustrie wird zur Zeit über den Manteltarif vor dem Schlichter verhandelt. Der Schlichter wurde von den Arbeitgebern angerufen. Diese wollen die Ferien oder jedenfalls die Bezahlung der Ferien beseitigen. Fast bei allen Mantelkündigungen ist die Ferienfrage das Hauptstreitobjekt.

Ueber den Lohn ist bis jetzt nur in der badischen Textilindustrie verhandelt worden. Der von dem südwestdeutschen Schlichter in Karlsruhe gefällte Schiedsspruch, der nur eine ganz kurze Verlängerung des Lohnabkommens vorsieht, ist von den Arbeitgebern angenommen, von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Allem Anschein nach soll der Spruch einen Lohnabbau vorbereiten. Ein Verbindlichkeitsantrag der Arbeitgeber ist bis jetzt noch nicht gemeldet.

Auch in der Textilindustrie ist die Tarifffrage zur Zeit in der Schwebe. Auch hier wartet man zunächst die grosse Aussprache des Reichsarbeitsministeriums mit den Schlichtern, Gewerkschaften und Unternehmern ab.

SPD. Der Hauptausschuss der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands hat auf einer Tagung in der Bundesschule des ADGB in Bernau von dem unerhörten Terror des nationalsozialistischen Regiments in Braunschweig gegen die weltlichen Schulen und gegen die sozialistischen und dissidentischen Lehrer und Lehrerinnen Stellung genommen. Der Hauptausschuss dankt den sozialistischen Lehrern und Lehrerinnen für ihre Opferwilligkeit und Treue in diesem Kampf. Er fordert die gesamte sozialistische Lehrerschaft auf, sich einmütig und mit Energie in die Eiserne Front zum Kampf gegen die schwärzeste Form der kapitalistischen Reaktion, den Faschismus, einzureihen.

Dem preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, dankt der Hauptausschuss für sein energisches Eintreten für den sozialen und freiheitlichen Ausbau des preussischen Schul- und Bildungswesens. Er weist alle Entstellungen und Verleumdungen, womit die Gegner sozialdemokratische Minister zu belasten suchen, als durchsichtige politische Manöver zurück und fordert alle sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen auf, sich in dem Kampf gegen reaktionäre Machenschaften vertrauensvoll und kampfbereit hinter die sozialdemokratischen Minister im Preussenkabinett zu stellen.

Geldern, die absolut keiner Kontrolle unterlag. Als die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften vor Jahren eine wirkliche Kontrolle forderten, hiess es in der kapitalistischen Welt, Gewerkschaften und Sozialdemokratie wollten kalt sozialisieren, wollten damit "marxistische Experimente" einleiten. Mit diesem Geschwätz machte man die Oeffentlichkeit vor den Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gruselig. Weshalb man die Oeffentlichkeit gruselig machte, zeigt sich jetzt beim Kreugertrust, hat sich bei deutschen Unternehmungen in Dutzenden von Fällen gezeigt. Wie wohl wäre es der deutschen Wirtschaft, wenn man die "marxistischen" Forderungen nach einer wirklichen Kontrolle rechtzeitig erfüllt hätte! Dass man das Kind erst in den Brunnen fallen liess, kann aber die Forderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nur unterstreichen und unterstützen.

SPD. Die Summe, die das Reich zur Sanierung der deutschen Seeschifffahrt zur Verfügung stellen wird, wurde vor einiger Zeit mit rund 75 Millionen Mark angegeben. Jetzt wird bekannt, dass sich diese Sanierungsmassnahme in erster Linie auf die Hapag=Lloyd=Union bezieht und dass andere Unternehmungen dabei nicht berücksichtigt werden. So sollen grössere Mittel für die Sanierung der Hamburg=Süd und der Hansa notwendig sein, die das Reich ebenfalls zur Verfügung stellen soll. Man nennt hier eine Ziffer von rund 25 Millionen Mark, wodurch sich der Gesamtbetrag auf über 100 Millionen Mark steigern würde. Vorläufig hat das Reich der Hamburg=Süd einen Ueberbrückungskredit von einer Million Mark zur Verfügung gestellt.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die immer wieder auftauchenden Gerüchte, wonach der Nationalsozialistischen Partei gerade aus Reedereikreisen - und zwar noch in letzter Zeit - erhebliche Summen zugeflossen sind. Bekannt ist auch, dass bestimmte Reedereien in grösserem Ausmass Berliner Zeitungen subventionieren, die sich als Schleppenträger Hitlers gebärden und die Regierung bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit mit Dreck bewerfen.

SPD. Die Verwaltung der Junkerswerke hat, wie in einem Kommuniqué mitgeteilt wird, beim Amtsgericht Dessau einen Vergleichsvorschlag eingereicht, nachdem die Mehrheit der Gläubiger der Eröffnung des Vergleichsvorschlages zugestimmt hat. Der Vorschlag sieht ein Moratorium (Zahlungsaufschub) für ein volles Jahr vor. Der vom Gericht ernannte Gläubigerausschuss wird die Abwicklung des Moratoriums überwachen und in die Geschäftsführung Einblick erhalten. Man hofft, so Zeit zu gewinnen, um neue Betriebsmittel zu beschaffen und die Reorganisationsmassnahmen vorerst zur Auswirkung zu bringen.

Notwendig ist auch eine Änderung in der Personalpolitik bei Junkers. Das Reich, das wohl sicherlich für die neuen Mittel gerade zu stehen haben wird, tut klug, hier endlich reinen Tisch zu machen. Was man über die Junkerssche Personalpolitik hört, klingt gerade nicht erhehend und dürfte wohl zu der letzten Entwicklung in Dessau bedenklich mit beigetragen haben.

Ruhig.

(Berliner Produktenbörse vom 6. April.)

SPD, An der Berliner Produktenbörse war am Mittwoch die Stimmung ruhig. Weizen wurde nach den Preissteigerungen in den letzten Tagen etwas stärker angeboten, während die Mühlen geringere Kauflust zeigten und auch die Nachfrage vom Rhein aufgehört hat. Weitere Preissteigerungen traten am Promptmarkt daher nicht ein. Die Notierungen lauteten hier unverändert, während sich im Zeithandel sogar kleine Abschwächungen ergaben. Am Roggenmarkt blieb alles unverändert. Die wenigen Abschlüsse, die zustande kamen, erfolgten auf Basis der letzten Notierungen. Am Mehlmarkt zeigte sich am Dienstag nachmittag eine vorübergehende leichte Belebung. Am Mittwoch war die Stimmung aber wieder recht ruhig. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte bei knappem Angebot etwas festere Tendenz.

	5. April	6. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	258 - 260	258 - 260
Roggen	199 - 201	199 - 201
Braugerste	183 - 191	184 - 192
Futter- und Industrieroggen	170 - 182	171 - 183
Hafer	160 - 165	162 - 167
Weizenmehl	31,50 - 35,00	31,50 - 35,00
Roggenmehl	26,50 - 27,90	26,50 - 27,90
Weizenkleie	11,20 - 11,40	11,20 - 11,40
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 270½ plus Geld (Vortag 270¾), Juli 275¼-273¾ Geld (276). September 230 plus Geld (231), Roggen Mai 198½-198¾ (198½), Juli 201 (-), September 189-189½ (189), Hafer Mai 175½ bis 177 (174½), Juli 182-182¼ (180).

SPD. Das Stickstoffsyndikat teilt über den Geschäftsverlauf im Monat März u.a. folgendes mit: "Der Auftragseingang in Stickstoffdüngern aus dem Inland war im Monat März recht lebhaft. Da er den sehr hohen Stand des Monats März 1931 jedoch nur annähernd erreichte, weisen die Gesamtabrufe seit Beginn des Düngejahres 1931/32 im Vergleich zum Vorjahr weiterhin noch einen nicht unerheblichen Rückstand auf, der nur zum Teil auf das späte Frühjahr zurückgeführt werden kann."

SPD. Der Absatz des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats stellt sich im Monat März arbeitstäglich auf 152 000 Tonnen gegen 155 000 Tonnen im Februar. Der Absatz in das unbestrittene Gebiet fiel von 87 000 Tonnen im Vormonat auf 83 000 Tonnen; der in das bestrittene Gebiet betrug 69 000 Tonnen gegenüber 68 000 Tonnen im Vormonat. Die Haldenbestände auf den Zechen haben sich kaum verändert; sie beliefen sich (einschliesslich Koks und Briketts, in Kohle umgerechnet) Ende März auf 8,77 Millionen Tonnen gegenüber 8,85 Millionen Tonnen im Februar.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Der Saboteur.^x

SPD. Ich sass bei Klims Mutter, um mich zu verabschieden, und wartete auf meinen Freund Klim. Meine Arbeit in Moskau war beendet. In zwei Tagen wollte ich die Sowjetunion verlassen und endlich nach Deutschland zurückkehren.

Klims Mutter bat mich, wenn ich erst wieder in Europa sei, ihren ältesten Sohn zu besuchen. Dieser Sohn war 1919 aus Russland geflohen, durch ganz Europa gezogen und nun in England ansässig, hatte ein kleines Geschäft, eine Frau und zwei Kinder. Die Fotos der Enkelkinder hingen über dem Bette der alten Frau. In Gedanken weilte sie fast ausschliesslich bei ihrem Ältesten in England. Ihre ganze Sehnsucht war, auch dorthin zu kommen. Aber die Sowjets gaben ihr keine Ausreiseerlaubnis, und der Sohn aus England durfte nicht nach Moskau kommen. Nun sollte ich ihn besuchen und ihm Grüsse von Mutter und Bruder bringen. "Sagen Sie ihm die reine Wahrheit über unser Leben hier; sagen Sie ihm, dass alle unsre Briefe Lüge sind, dass wir lügen müssen, wenn uns das Leben lieb ist!" Sie zeigte mir seine letzten Briefe. Er schrieb, dass er sich über die Entstellungen und Verhetzungen in den englischen Zeitungen ärgere, die behaupteten, es ginge der Bevölkerung in der Sowjetunion elendiglich schlecht, und er freue sich, aus den Nachrichten von zu Hause immer wieder zu hören, dass gerade das Gegenteil wahr sei, dass es der Mutter und dem Bruder gut ginge. Die alte Frau erklärte mir den Widerspruch, der offensichtlich zwischen der Tatsache der wirklichen Hungersnot, die ich täglich sah, und den brieflichen rosigen Schilderungen liegen musste. 1921 - der Sohn war gerade ein halbes Jahr in England - wurden Klim und seine Mutter von einem Geheimpolizisten nur GPU (Politischen Polizei) geholt. "Sie erhalten Geld aus England", sagte der Leiter der Polizei. "In welchem Verhältnis stehen Sie zu dem ausländischen Geldsender? Für welche dunklen Zwecke erhalten Sie diese Summen?" Ein peinliches Verhör setzte ein. Die Mutter hatte 5 englische Pfund erhalten, die die Post der Polizei auslieferte. Nach langen Erklärungen und Beantwortungen der unmöglichsten Fragen entliess man Mutter und Sohn, nachdem die GPU endlich den Gegenwert der 5 englischen Pfunde in Rubeln ausgezahlt hatte, allerdings zum bolschewistischen Zwangskurs: 46,50 Rubel. Die Kaufkraft des Rubels lag damals um 35 Pfennige. Nun schrieb die Mutter nach England, der Sohn möge nichts mehr von seinem sauer verdienten Lohne schicken; sie hätten überhaupt keine Unterstützung nötig. Die Wahrheit, dass die Politische Polizei solche Schwierigkeiten machte, verschwieg sie wohlweislich, denn jeder Brief wurde von der Zensur geöffnet und gelesen. Und wehe dem Sowjetbürger, der das Regime kritisierte! - Glücklicherweise über die gesunden Verhältnisse, die die Mutter schilderte, schickte der Sohn leidenschaftliche Briefe, in denen er schrieb, dass er alle bürgerlichen englischen Zeitungsberichte, die aus Neid die Wahrheit über Russland entstellten, bekämpfe. Er sei nun Anhänger der Sowjetidee geworden und lebe und wirke für sie in Europa. Und ich hatte nun die Aufgabe, dieses Wahnbild zu zerstören; ich musste ihn von der Wahrheit überzeugen und die nackten Tatsachen von der Not der Mutter und des Bruders berichten. -

Dann kam Klim aus der Fabrik. Schweigsam, verstimmt, ganz anders als sonst. Er ass seine Kartoffelsuppe und starrte vor sich hin. Endlich erfuhren wir den Grund: Entlassen! Langsam und schwerfällig erzählte er: Es sei wieder eine Liste in der Fabrik herumgereicht worden, die zum "freiwilligen" Beitrag eines Rubels zum Bau eines Zeppelins aufforderte. Klim, der vor der Revolution den väterlichen Fabrikbetrieb geleitet hatte, verdiente jetzt als

"bourgeois" und ungelernter Arbeiter nur 69,32 Rubel. Aber für die letzten 14 Tage hatte er noch keinen Lohn erhalten, weil kein Geld da war, und so konnte er nichts zeichnen. Er besass nur noch 80 Kopeken. Jeden zweiten Tag kam eine andere Liste zum "freiwilligen" Zeichnen von Beiträgen. Nun war es schon das dritte Mal, dass er nichts gab. Am Schichtende wurde er fristlos entlassen, als "Bekämpfer des Fünfjahrplans", als "Betriebsstörer". Mit der Arbeit verlor er auch die gewerkschaftliche Mitgliedschaft und damit zusammenhängend - das Schlimmste - die Lebensmittelkarten. Ein so zum Feind des Fünfjahresplans Gestempelter ist aus der Gemeinschaft ausgestossen, denn meistens bekommt er vorläufig keine Arbeit und somit keine Lebensmittel.

Nun hatte Klim mit einem Freunde, mit dem er schon ein halbes Jahr in der Fabrik zusammen gearbeitet hatte, sich des öfteren über die vielen Nachteile des Plans ausgesprochen, und sein Freund hatte ihm Recht gegeben, als er meinte, man müsse sich doch eigentlich wundern, dass alle russischen Menschen für den Plan geopfert würden und sich nicht gegen seine Brutalität wehren könnten. Auch dass sie von ihrem geringen Lohn ungefähr noch durchschnittlich 40 % freiwilligen Stiftungen zum Aufbau zuführen müssten. Dieser Freund, der Klim geschickt auszufragen verstanden hatte, war ein GPU-Mitglied, und nachdem er aus dem Munde des Staatsfeindes genügend belastendes Material erfahren hatte, zeigte er ihn an.

Um 6 Uhr war Klim nach Hause gekommen. Um 7 holten ihn drei Beamte der GPU ab. Die alte Mutter bekam Schreikrämpfe. Ich konnte rechtzeitig in das Zimmer des Nachbarn entweichen, um durch die Anwesenheit eines Ausländers nicht noch Klims Situation zu verschlimmern. Die 3 GPU-Leute durchsuchten alle Schubladen und nahmen die Briefe des Bruders aus England, die alle zensiert waren, als Indizien mit, um Klim als Saboteur überführen zu können.

+ + +

Vor 14 Tagen hörte ich auf Umwegen, dass man Klim nach zehntägiger Untersuchungshaft freigelassen hatte. Aber er sollte zur Holzfällerei und Verladelei auf ein Jahr weit hinter Archangelsk verschickt werden. Wer die russischen Verhältnisse kennt, der weiss, dass für einen freigesprochenen Saboteur solche Wiedereinreihung in die Armee der Arbeit einer Verurteilung zur Zwangsarbeit gleichkommt. Es finden sich keine Freiwilligen für Sibirien. Um wieder Lebensmittelkarten für die Mutter zu bekommen, musste Klim diese Arbeit annehmen.

Das ist einer aus hunderten von gleichen, sich täglich ereignenden Fällen, die heute in Russland zur Durchführung des Fünfjahresplanes angewandt werden. Pilot.

Drei Jungs.^x

SPD. Die Transmissionen rasseln. Die Kipploren kreischen über die ausgeleierte Feldbahngleise, sausen, ho Schwung, auf die Drehscheibe. "Rum mit dir!" - schon rollt der eiserne Wagen wieder weiter.

Heiner steht an der brüllenden Steinmühle; krack, krack, krack, krachen drinnen die stählernen Kiefer zusammen. Er ist grau von Staub: graue Haare, graues Gesicht, graue Jacke, graue Hose, graue Beine, graue Füss ... "Nee," lacht Heiner, "dadran ist Dreck von gestern! Wir haben nämlich gestern was gefeiert; Karl hat Geburtstag gehabt, und da ist's spät geworden, war zum Füssewaschen nachher nicht mehr Zeit. Bloss nach Hause und, plumps, ins Bett!"

Krack, krack, krack, knabbert die Mühle die harten Brocken entzwei. Raselnd kommt ein Wagen die abwärts geneigten Schienen herabgerollt. Karl steht hintendrauf, zieht die Bremse fest. Er schreit irgendwas. Kein Wort kann der Heiner verstehen, bei dem Radau, den die Mühle verursacht. Er zeigt auf die

rotierende Trommel, deutet auf seine Ohren: "Kein Wort zu verstehen!" Karl fuchtelt aufgeregt mit den Armen in der Luft, tippt auf seine Stirn: "So doof bist du!" Dann springt er von der Lore und kommt rübergerannt. "Hast du schon das schwarze Brett gesehen?" schreit er. Heiner schüttelt den Kopf. "Fünfunddreissig Mann werden entlassen. Fünfunddreissig, heute Abend!" Heiner erschrickt. Gleich hat er sich aber wieder gefasst und brüllt zurück: "Wir auch?"

"Wir auch!" echot Karl und zeigt grinsend seine weissen, glänzenden Zähne in der dreckigen Larve, die sein Gesicht ist. "Herr Karl, Herr Heiner, Herr Kuddel!" (Kuddel, das heisst: der Kleine, ist der dritte im Bunde; er arbeitet in einer anderen Abteilung.)

"Esel," schreit Heiner zurück, "du Affe! "Herr Karl", der Esel spaziert natürlich voran!"

"Hohoho," lacht Karl, löst die Bremse; der Wagen knarrt langsam los, "Herr Karl fährt weiter und lässt den Arbeiter Heiner bei seiner dreckigen Mühle zurück. Schönen Gruss, schönen Gruss, Arbeiter Heiner!"

Heiner hat eine faustgrosse Klamotte in der Hand, will sie hinterher-schmeissen, lässt aber doch die Hand sinken. "Verflucht," sagt er vor sich hin, "verfluchte Sch....., nun schmeissen sie uns doch noch raus. Gerade jetzt, wo wir dachten, es ist Frühling, nun kann uns nichts mehr passieren, jetzt wird wieder gebaut, da brauchen sie Leute in der Zementfabrik!" Er kratzt sich hinterm Ohr. "O verflucht", sagt er noch einmal so recht aus tiefstem Herzensgrunde heraus. Dann ist er fertig damit. "Gut und bon und basta und ab gemacht. Allright. Was wohl Kuddel dazu sagen wird? - Ach, Kuddel wird schon damit ins Reine kommen. Kuddel versteht, sich darüber hinwegzutrusten. Na ja, Kuddel hat überhaupt das Zeug dazu, ist auch ein Dichter - neulich hat sogar eine Zeitung was von ihm gedruckt! Ein Gedicht, jawoll! Eigentlich ist der Kuddel ja ein schlauer Kerl, ganz anders als wir, aber ein feiner Kerl, feiner Kopp, alles was recht ist. Sollte mal einer was gegen den Kuddel sagen - na, dem könnt's schlecht ergehen!" - -

"pffiiii!" - Fünf Uhr, Feierabend. Fünfunddreissig gehen schlenkernd mit ihren Lohntüten nach Hause oder in die Kneipe; drei sitzen im Strassengraben, neben sich das Geld und die Papiere und halten Rast. Das heisst, jetzt sind sie sehr still und atmen erst einmal die Lungen voll frischer Luft. Haa-puh, haa-puh, das tut gut! Das reinigt die Bronchien und fährt durch Venen, Arterien, Papillargefässe und was da noch für lateinischer Quatsch alles drinnen sitzt. Es ist sehr warm, maiwarm. Dabei schreibt man erst April. Die Bäume sind schon ganz hellgrün, das Gras ist hellgrün, die Luft ist weich - es riecht nach Lenz. Da sagt es Kuddel auch schon: "Der Frühling - das ist prickelnd und berauschend wie Champagner!" Heiner und Karl fahren mit den Köpfen herum. "Hast du schon mal Champagner getrunken?" - - "Nee," sagt Kuddel zurück, "aber trotzdem..."

Die Beiden schütteln den Kopf - woher weiss er denn? - "Na ja," denken sie; "schliesslich ist er ja ein Dichter; die brauchen sowas nicht zu trinken und schmecken es doch. - Ahh," denkt Heiner für sich privat, "ich wünschte, ich wäre auch ein Dichter; dann würde ich immerzu an Eisbein mit Sauerkraut denken!" (Das isst er nämlich für sein Leben gern.)

Jetzt aber aufgehört zu träumen und ernsthaft überlegt! Heiner führt das Wort. "Karl, wie denkst du über Arbeit?" - - "Kein Gedanke!" - - "Kuddel, und du?" - - "Sechs Millionen, ein Heer von sechs Millionen Menschen; das sind zwölf Millionen Augen, Arme, Hände, Beine und sechs Millionen Hoffnungen - meinst du, sie warten auf uns?"

"Nee," sagt Heiner. "Aber: Was tun, spricht Zeus?"

Alle überlegen. Schliesslich sagt Karl: "Ich glaube, das Wetter wird sich halten..."

Kuddel nickt träumerisch vor sich hin. "Die Welt ist so weit. Und um uns; rechtslang 500 Kilometer, linkslang 500 Kilometer, geradeaus 500 Kilo-

meter, rückwärts 300 Kilometer - - alles Deutschland, alles Zuhause! Und da 'ne Grenze und da eine und da eine; hopp, rüber nach Holland, Dänemark, Tschechoslowakei, Schweizerland - - ach, ist die Welt weit!"

Kuddel hat ganz dunkle Augen bekommen. Karl nickt: "Und das Wetter wird sich auch halten..."

Heiner nickt auch. "Schön, tippeln wir! Morgen melden wir uns hier arbeitslos, lassen uns unsre Wanderpapiere geben und hauen ab. Kriegen wir schon keine Arbeit, so wollen wir uns wenigstens die Welt ansehen. Wohin geht's zuerst?"

Ein kleines Schweigen. Dann sagt Karl: "Ich möchte zu gern mal Schlesien kennen lernen: die Bergwerke, Kumpels, Weber, Glasbläser..." - "Ja, und das Riesengebirge, Eulen-, Iser-, Glatzer, Waldenburger Gebirge; die Quellen, Täler und Berge, den Wald, den Böhmerwald - denkt doch an die "Räuber" - Karl Moor - "Ein freies Leben führen wir!", vollendet Kuddel.

"Schön," sagt Heiner. "Also Schlesierland. Und nun auf und nach Hause, das Felleisen geschnürt und morgen früh um sieben hier an der Ecke! Dann geht's los!" - -

Trapp, trapp, trapp, gehen die schweren Stiefel der drei die Strasse entlang, ihren Wohnungen zu. Trapp, trapp, trapp - drei Jungs aus der Zementfabrik - - - morgen wandern wir in die weite - grüne - junge - schöne - wunderwunderschöne Welt!

Walter Schirmeier.

Wilhelm Busch.^x

(Zu seinem 100. Geburtstag.)

SPD. Recht daneben träte, wer Wilhelm Buschs Wort: "Lachen ist ein Ausdruck relativer Behaglichkeit," zum Ausgangspunkt für eine Betrachtung des Meisters nähme, denn nur für den oberflächlichen Blick hat seine Kunst etwas Behagliches, Gemütliches, "Deutsches" im Schlafrock- und Pantoffelsinn. Friedrich Vischer sah schon schärfer, als er in den siebziger Jahren in einem bitterbösen Artikel gegen Busch raunzte: "Der Strich ist nicht deutsch; wer auch nur "Journal Amusant" angesehen, kennt ihn und versteht, was ich meine". Busch also ein "Französling" - er rauchte ja auch nicht etwa Pastorenknaster in langer Pfeife, sondern unermüdlich Zigaretten, die er sich aus schwerem, schwazem, französischem Tabak selber drehte. Und was die Heiterkeit angeht, die sie Schaffen ausstrahlt, so ist sie alles andere als der beliebte "goldne Humor" des Philisters; vielmehr funkelt sie dämonisch und diabolisch, wie es der Dichter-Zeichner, der auch ein Maler war, einmal ausgedrückt hat:

Das Lachen ist ein alter Brauch,
Beelzebub, der tut es auch.

Mochte Busch auch von den harmlosen "Fliegenden Blättern" herkommen, so näherte ihn doch seine ganze Art, Dinge und Menschen zu sehen, zu packen und wiederzugeben - das "Lachen Beelzebubs" -, dem mit Beelzebub schon eher verwischterten "Simplizissimus".

Der am 15. April 1832 zu Wiedensahl als Sohn eines Krämers geboren ward und am 9. Januar 1908 in Mechtshausen starb, lebte als ein Abseitiger; die lärmende Entwicklung Deutschlands vom kleinbürgerlichen zum grosskapitalistischen Lande stiess ihn ab, sodass er sich in sich verkroch und sich vor dem lauten Brimborium des Marktes in die Abgeschlossenheit seiner niedersächsischen Heimat verspann; sich in die "Bekenntnisse" des Heiligen Augustinus zu versenken, schien ihm wesentlicher, als eine allerneueste Berliner Eintagsmode anzustaunen. Aber wenn er das Automobil ablehnte und nur ungern das Oel seiner Studierlampe mit Petroleum vertauschte, so sah er die untergehende Kleinwelt

keineswegs mit den gerührt verschwimmenden Blicken des Idyllikers an. Im Gegenteil! In seinen Zeichnungen und Versen, die an Knappheit und Konzentriertheit miteinander wetteifern, schildert er das deutsche Spiessbürgertum mit einer Schonungslosigkeit, die Wedekind vorwegnimmt; die vermeintlichen lustigen Kinderreime braucht man nur ein klein wenig unter die Lupe zu nehmen und man entdeckt die grimmigste, galligste, grausamste Satire auf alles Bürgerliche: den bürgerlichen Eigentumsbegriff, die bürgerliche Ehe, die bürgerliche Erziehung, das bürgerliche Lebensideal; und wie für Bakunin Raub und Diebstahl revolutionäre Kampfmittel gegen die bürgerliche Gesellschaft waren, so liess Busch seine bösen Buben mit Blasrohr und tausend Nücken und Tücken gegen die gleiche in sich beruhende Einrichtung los. So grotesk, wie es klingt, ist es nicht, dass Max und Moritz mit ihren Streichen einen rebellischen Widerpart zur gefestigten und gesitteten bürgerlichen Ordnung darstelle und es entspricht lediglich dem tiefeingewurzelten Pessimismus Buschs, wenn diese Ordnung voll Muff und Moder am Ende doch immer triumphiert.

Ob auch Busch von der Notwendigkeit der politischen Satire durchdrungen war, nahm er bewusst doch kaum je einen Anlauf dazu, es sei denn, dass er in dem nicht sehr starken "Pater Filucius" den verfehlten "Kulturkampf" Bismarck gegen die katholische Kirche unterstützte. Dafür fehlte es in seinem Schaffen nicht an sozialen Akzenten; was bei Karl Marx mit dem Begriff der "industriellen Reservearmee" verknüpft ist, erscheint bei Busch in der Fassung:

Die Sorge, wie man Nahrung findet,
Ist häufig nicht so unbegründet,

und "Der neidische Handwerksbursch" würde, Zeichnung wie Verse, einem sozialistischen Agitationskalender keine Unehre machen, trotz des "versöhnlichen" Schlusses, dass der Geldprotz, der in Wein und Braten schwelgt, nachher das schmerzhaft Zipperlein hat, während der arme Teufel, der hungrig der Fresserei zuschauen muss, "sanft im duft'gen Heu" ruht; erbarmungslos sind hier die gesellschaftlichen Gegensätze der Zeit plakatiert:

Der Dicke schmaust, es perlt der Wein;
Der Handwerksbursch schaut neidisch drein...

Der Dicke schlürft mit viel Gefühl;
Dem Handwerksburschen wird es schwül...

Die Sonne brennt, der Staub, der weht;
Der Dicke fährt, der Dünne geht...

Busch hatte denn auch im Privaten keineswegs altfränkische Ansichten über die Fragen des Tages. Alles, was unter Wilhelm dem Letzten so üppig gedieh, Ordensgeklimber und Titelsucht, Denkmalsseuche und byzantinisches Schweifgewedel, war dem Künstler in tiefster Seele widerwärtig, und als der Hohenzoller einmal forsch trompetete: "Mir ist mein Kurs vom Himmel vorgeschrieben", knurrte der Einsiedler von Wiedensahl: "Das ist er jedem. Es kommt nur darauf an, ob ihn einer auch lesen kann". Der Frauenbewegung stand Busch mit viel Wohlwollen gegenüber, und wenn er auch die zudringliche Frage, welche politische Richtung ihm am sympathischsten sei, unwirsch abfertigte: Keine!, so war er doch allezeit ein aufmerksamer Leser des "Vorwärts" und des hannoverschen "Volkswillen"; sein Ausspruch über die Verleger: "Sie sind die Kapitalisten und beuten die andern aus und bauen sich Villen, haben auch die unangenehmen Eigenschaften der Ausbeuter," zeigt, wie geläufig ihm die sozialdemokratische Terminologie gewesen ist, und immer wieder brachte ihn die Verfolgung der Arbeiterpartei durch die Behörden von Preussisch-Deutschland in Harnisch; "das Recht", so meinte er dann wohl von der Sozialdemokratie, "ist halb und die Gescheitheit ganz auf ihrer Seite".

Zu seinem 100. Geburtstag entdeckt man, dass Wilhelm Busch "der erste mo-

derne Zeichner" war, ein Expressionist, ehe es einen Expressionismus gab. Aber wichtiger ist, dass er, ohne Zugeständnisse an den Hurra-Geist seiner Zeit, ein aufrechter Mann, ein freier Kopf und ein rücksichtsloser Kämpfer gegen die Uebel einer schiefer geratenen Weltordnung war.

Hermann Wendel.

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Unter den drei Bühnenwerken, die in den letzten Wochen ihre Uraufführung in Berlin erlebten, ist leider keins, das die Sehnsucht des kritischen Beobachters des zeitgenössischen Schaffens nach einem nachhaltigen künstlerischen Erlebnis auch nur in bescheidenem Masse zu erfüllen vermöchte. Nach dem tiefen Eindruck des kurz zuvor im "Schiller-Theater" herausgebrachten Frontstückes "Die endlose Strasse" wirkt der Misserfolg des in der "Volksbühne" aufgeführten, ebenfalls aus dem unerschöpflichen Stoffgebiete des Kriegserlebnisses erwachsenen Volksstücks "Kamrad Kasper" von Paul Schurek geradezu peinlich. Die Schilderung der Heimkehr des Frontsoldaten Kasper Troll, der entdecken muss, dass seine Frau ihn inzwischen mit einem reklamierten Bekannten betrogen hat, mutet an wie eine Karikatur der ergreifenden - ja auch als Bühnenstück bearbeiteten - Erzählung "Karl und Anna" von Leonhard Frank. Obendrein sucht der Verfasser die dargestellten Vorgänge noch symbolhaft zu unterstreichen, nimmt gleich die Entwicklung zur Inflation und das Abrüstungsproblem mit in sein Stück hinein und zieht den allzu dürftigen Handlungsverlauf durch das eingelegte platte Zwischenspiel einer Kasperlkomödie, in der die geschilderte Wirklichkeit nochmals symbolisch wiederholt wird, mühsam in die Länge. Ein paar Worte einer warmen Menschlichkeit und einige geläufige Bemerkungen aus dem Allgemeingut saftigen Volkswitzes im Dialog vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass das Stück jeglicher Spannung und dramatischen Entwicklung ermangelt und kaum über ein szenisches Stimmungsbild hinausreicht, gelegentlich auch noch von süßlicher Sentimentalität überläuft. Die Regie tat noch ein Uebriges durch Hinzufügung einiger herzlich schwacher Coupleteinlagen (heute sagt man ja "Songs", aber es ist im Grunde genau der gleiche Verlegenheitsbehelf.) Mit Stücken dieser Art wird sich - selbst bei so vorzüglichen schauspielerischen Leistungen, wie man sie hier zu sehen bekam - die schwere Theaterkrise unserer Zeit gewiss nicht eindämmen lassen. Der "Volksbühne" ist nur zu wünschen, dass sie für ihren Direktor Karl Heinz Martin, der mit dem Beginn der nächsten Spielzeit in die Leitung des "Deutschen Theaters" übersiedeln wird, einen Nachfolger mit zuverlässigerem dramaturgischem Urteil gewinnt.

Die andern beiden Uraufführungen der letzten Wochen liegen auf musikalischem Gebiete. Die interessantere erfolgte in der "Städtischen Oper" und galt der Oper "Die Bürgschaft" von Kurt Weill (Text von dem Bühnenmaler Caspar Neher). Weill strebt wie viele moderne Komponisten die Anpassung der Opernform an den Zeitgeist der neuen Sachlichkeit an. Dabei wird jedoch verkannt, dass die Oper an und für sich, in der eben nicht gesprochen, sondern gesungen wird, eine romantische Kunstform ist. Sie mit modernem Zeitempfinden zu erfüllen, ist seinerzeit Max Brand, dem Schöpfer der vor zwei Jahren in der "Städtischen Oper" aufgeführten Oper "Maschinist Hopkins", hervorragend geglückt. Weills missglücktes Stilexperiment weist dagegen keinen Weg zu einer neuen Entwicklung. Das Textbuch zeigt in einer Reihe kurzer Bilder ohne nennenswerte dramatische Fortbewegung den Fluch des Kapitalismus. Die einzelnen Vorgänge werden von einem Chor - also ganz unrealistisch - kommentiert, der solche gespreizten Banalitäten von sich gibt, wie: "Es ändert sich nicht der Mensch; es sind die Verhältnisse, die ihn verändern." Jegliche fortlaufende musikdramatische Linie fehlt, vielmehr sind lauter in sich abgeschlossene

beliebte "Song" nimmt wieder einen breiten Raum ein. Dabei werden solche rhythmisch straffen Geistreichigkeiten gesungen, wie:

"Manchmal kommt es unwillkürlich,
Dass mal einer tot umfällt."

Also auch dieses Werk kann man ebenso wenig wie die früheren Werke Weills als eigentliche "Oper" gelten lassen. Zudem ist die Musik ausschliesslich Verstandesprodukt. Sie weist zwar manche Momente auf, die raffiniert gekonnt sind und dadurch die Aufmerksamkeit vorübergehend fesseln, aber sie wirkt, weil sie nur errechnet, nicht erfüllt ist und sich vielfach auf monotonen Sprechgesang beschränkt, auf die Dauer ermüdend und kalt. Seit der "Dreigroschenoper" ist Weill nicht mehr über Wiederholungen und Verwässerungen seiner kurzatmigen Einfälle hinausgelangt. Höchste Anerkennung verdient die gesanglich wie orchestral überragende Wiedergabe des Werkes unter der musikalischen Leitung von Fritz Stiedry, des zur Zeit neben Klemperer bei weitem bedeutendsten Operndirigenten der Reichshauptstadt.

Ein völliger Fehlschlag war die unter grossem Aufwand in der Staatsoper veranstaltete Uraufführung der Oper "Andromache" von Herbert Windt. Die Persönlichkeit und das Schicksal der Witwe des vor drei Jahrtausenden im Kampfe um Troja gefallenen Hektor ergeben wohl so ziemlich den entlegensten Stoff für die Teilnahme des modernen Theaterbesuchers. Dass man uns auch das antike Sägengebiet nahe bringen kann, hat einst Gluck gezeigt. Der Reiz einer Oper von Gluck liegt in der stilgemässen musikalischen Einfachheit, Innerlichkeit und Erhabenheit und in der genialen Sicherheit des natürlichen Ausdrucks der ewig menschlichen Momente. Diese einmalige Kunst lässt sich in unsrer Zeit gewandelten Musikempfindens gewiss nicht epigonenhaft nachbilden. Aber das völlig harmonielose, unsinnliche Klangchaos (man könnte geradezu "Geräuschorgie" sagen), mit dem bei Windt die dürftige Handlung überflutet wird, ist nicht nur stilistisch unmöglich, sondern kann überhaupt nicht mehr Anspruch auf die Bezeichnung "Musik" erheben. Es erscheint geradezu bedeutungslos, ob rein oder unrein gesungen wird und auch die Textdeutlichkeit ist grossenteils einfach physisch unmöglich. Im Lärmwirrwarr des Orchesters überwiegen neben den Streichern (auch das Klavier wird vereinzelt angeschlagen) die Blechinstrumente, die - ein weiterer stilistischer Nonsens - mit Trommel, Tamburin und allerlei anderm Schlagzeug untermischt sind. Windt ist - so paradox das klingen mag - hinter der Entwicklung der musikalischen Charakterisierung und Dramatik um zwei Jahrhunderte zurückgeblieben, und man möchte annehmen, er habe - ähnlich vielleicht wie Karol Rathaus in seiner vor Jahresfrist in der Staatsoper (ebenfalls von Kleiber) zu ganz flüchtigem Scheindasein erweckten Oper "Fremde Erde" - aus Mangel an Eingebung und an Beherrschung der Satztechnik willkürlich Notenpapier recht eng vollgeschrieben. Dass gerade dieses Werk seinen Weg in die Berliner Staatsoper gefunden und dort ein ungeheures Studium erfordert hat, bleibt unverstänlich, und man darf wohl bezweifeln, dass seine Wiedergabe nennenswert über die ersten drei Aufführungen hinausgelangen wird.

Bz.

Radium in der Arktis.^x

SPD. Das eisgebundene, achthunderttausend Quadratmeilen umfassende Reich der kanadischen Arktis, bis vor wenigen Jahren wohl noch zu drei Vierteln unerforscht, bildet heute den Schauplatz einer emsigen Forschertätigkeit, deren Ehrgeiz es nicht ist, weisse Flecken von der Karte der Welt zu löschen, sondern die reichen Erz- und Kohlenvorkommen dieses Gebietes zu erschliessen. Immer wieder werdendie Nordwestterritorien Kanadas, von ihrer südlichen Grenze bis zur Eismeerküste, vom Mackenziestrom bis zur Hudsonbai von den

"fliegenden Geologen" der Arktis, die zum überwiegenden Teil im Dienste grosser Bergbaugesellschaften stehen, zum kleineren auf eigene Rechnung und Gefahr arbeiten, überflogen; überall werden Erzproben untersucht und mitgenommen

Im Mai 1930 schlugen zwei "fliegende Geologen", die Kanadier E.C. St. Paul und Gilbert La Bine an der Küste des Grossen Bärensees in der Echo Bay ihr Lager auf, um sich von den Strapazen der vorausgegangenen Monate ein wenig zu erholen. St. Paul war schneebblind und arbeitsunfähig, sein Gefährte La Bine jedoch nicht gewillt, die erzwungene Musse völlig unausgenützt zu lassen. Auf einer kleinen Insel des Grossen Bärensees, wo er Schürfungen vornahm, entdeckte er Silbererz. Freudig untersuchte er den Fels auf seine Ergiebigkeit, als sich ihm plötzlich ein Anblick darbot, bei dem ihm der Atem aussetzte. Den Abhang des Felsens bis zum Eise entlang zog sich ein Streifen einer dunklen, grünlich-schwarzen Masse, ähnlich einem schmalen Streifen Lava - Uranpechblende! La Bine hatte den seit einem Menschenalter wertvollsten mineralischen Fund gemacht: er hatte nicht nur Silbererze entdeckt, von denen sich später zeigte, dass sie bis zu 15 000 Unzen Silber pro Tonne ergaben (also bis zu 50 Prozent reinen Silbers enthielten); er hatte nicht nur eine Stätte entdeckt, der in der Folgezeit Proben von 32 verschiedenen Metallen - darunter Gold, Silber, Kupfer, Uran und Eisen - entnommen worden sind; er war auch zwei Adern Uranpecherz auf die Spur gekommen, der wichtigsten Grundlage zur Herstellung des Radiums, von dem es bis heute nicht viel mehr als 200 Gramm auf der ganzen Welt gibt - jedes etwa 300 000 Mark wert.

Es scheint, als ob diese Entdeckung im Verein mit den Petroleumfunden bei Fort Norman und den Blei- und Zinkvorkommen am Grossen Sklavensee einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung Kanadas einzuleiten bestimmt wäre. Der kommerziellen und bergwerkstechnischen Auswertung in einem Gebiete, wo das Flugzeug das einzige Verkehrsmittel darstellt und Temperaturen bis zu 60 Grad unter dem Gefrierpunkt verzeichnet werden, stehen freilich nicht unbeträchtliche Hindernisse entgegen. Kein Zweifel aber, dass man sie überwinden wird.

La Bine und seine Leute haben bisher erst an der Oberfläche geschürft. Es ist wohl möglich, dass schon im Sommer dieses Jahres "Eldorado", wie das neue Bergwerk von seinem Entdecker getauft worden ist, im Mittelpunkt der Weltinteressen stehen wird. Denn vielleicht ist die Hoffnung nicht ungerechtfertigt, dass das Eldorado des eisigen Nordens nicht nur La Bine und den ihn finanzierenden Kapitalisten Dollarmillionen einbringen, sondern auch zu einer Verbilligung des kostbaren Radiums und damit zu seiner erhöhten Verwendung im Dienste der Krankheitsbekämpfung beitragen wird. L.K.

SPD. Eine Biographie Zolas von seiner Tochter. Denise Leblond-Zola, die im Besitz eines umfangreichen Dokumentenmaterials ist, hat die erste umfassende, kritische Biographie ihres Vaters geschrieben. Die demnächst im Malik-Verlag (Berlin) erscheinende deutsche Ausgabe enthält reiches Material an Briefen, Dokumenten, Bildern und Illustrationen, das hier grösstenteils zum erstenmale veröffentlicht wird.

SPD. Ein Buch über die Novemberrevolution. Unter dem Titel "Der Kaiser ging, die Generale blieben" erscheint im Laufe des April im Malik-Verlag (Berlin) ein neues Werk von Theodor Plivier, dem Verfasser des vielgelesenen Buches "Des Kaisers Kulis". Der Verfasser schildert darin die letzten Wochen des deutschen Kaiserreiches und die Ereignisse des 9. November 1918.
